

Auszüge aus dem Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Donnerstag, 28.07.2022 um 19:00 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Auf Grund der vielen Gastvorträge bittet die Bürgermeisterin um eine Änderung der Abfolge der Tagesordnungspunkte, um die Dozenten nicht unnötig mit Wartezeiten zu belasten.

Das Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung vom 15.06.2022 wird einstimmig bei Enthaltung der Gemeinderäte, die in der letzten Sitzung nicht anwesend waren, anerkannt (6:0).

2. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen

2.1. Errichtung einer Werbeanlage - Krausenbacher Straße 75

Das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Werbeanlage wird einstimmig mit 11:0 Stimmen erteilt.

2.2. Bauvoranfrage - Neubau eines Büros / Wohngebäudes, Neuhammer 6

Mit der Bauvoranfrage soll die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des geplanten Büro- und Wohngebäudes geklärt werden.

Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauvorhaben wird erteilt. Einstimmiger Beschluss (11:0).

2.3. Neubau einer Doppelgarage, Wintersbacher Straße 27

Mit vorliegendem Bauantrag wird der Neubau einer Doppelgarage auf dem Grundstück Wintersbacher Straße 27 in Dammbach beantragt. Das Grundstück ist momentan noch nicht bebaut. Die Garage soll an das Wohnhaus des Antragstellers Wintersbacher Straße 26a angebaut werden.

Auf Nachfrage aus dem Gremium teilt die Bürgermeisterin mit, dass das Nachbargrundstück ebenso im Eigentum des Antragstellers ist.

Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauvorhaben wird einstimmig mit 11:0 Stimmen erteilt. Der beantragten Befreiung wird zugestimmt.

3. Finanzierungsmöglichkeiten. Gäste: H. Stegmann - Sparkasse, H. Weber - LBS

Die Bürgermeisterin übergibt das Wort an Herrn Weber von der LBS und Herrn Stegmann von der Sparkasse Aschaffenburg Alzenau.

Möglichkeiten zur Finanzierung für den Kindergarten Dammbach werden mittels einer Präsentation vorgestellt. Durch die Kombination von zwei Finanzbausteinen ergibt sich die Möglichkeit eine lange Zinssicherheit zu erreichen.

Mit einem Sofortkredit bei der Sparkasse wird die Finanzierung des Vorhabens bei Einbindung eines neuen oder bestehenden Bausparvertrages in der gleichen Höhe ermöglicht. Anschließend löst der Bausparvertrag bei Zuteilung mit Guthaben und zinsgünstigem Darlehen den Sofortkredit ab. Die Rückzahlung des Bauspardarlehens erfolgt. Die monatlichen Raten für Zins des Sofortkredites und die Ansparung fallen weg.

Aus dem Gremium wird angefragt, mit welchen Finanzierungskosten bei einer Summe von 2.000.000 € gesamt gerechnet werden müsse. Herr Stegmann informiert, dass derzeit nur mit tagesaktuellen Zinssätzen kalkuliert werden könne. Ein Finanzierungsangebot ist nur ein Tag gültig. Voraussetzung für ein kommunales Darlehen ist die Bewilligung durch die Kommunalaufsicht und ein genehmigter Haushalt.

Die Bürgermeisterin bedankt sich für den informativen Vortrag.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

4. Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement - Vorstellung durch Gast H. Hofauer WWA

Die Bürgermeisterin Waltraud Amrhein übergibt das Wort an Herrn Hofauer vom Wasserwirtschaftsamt, der eine Präsentation zum Sturzflut-Risikomanagement hält.

Herr Hofauer geht zunächst auf Starkregenereignisse ein, die überall auftreten können und nicht planbar seien. Des Weiteren referiert er über Oberflächenabfluss-Störungen und Sturzflutereignisse.

Kommunale Planungsinstrumente zum integralen Sturzflut-Risikomanagement sieht folgende Schritte vor:

- Bestandsanalyse
- Gefahrenermittlung
- Gefahren- und Risikobeurteilung
- Konzeptionelle Maßnahmenentwicklung
- Integrale Strategie zum kommunalen Sturzflutmanagement

Es werden Ingenieurleistungen zur Erstellung des beschriebenen Konzeptes gefördert. Der Fördersatz beträgt 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die maximale Förderung je Vorhaben beträgt 150.000 €. Für die Umsetzung der Maßnahmen hingegen gibt es derzeit keine Förderung.

Aus dem Gremium wird nachgefragt, ob ein Konzept zum Sturzflut-Risikomanagement auch Auswirkungen auf Versicherungen der Bürger hätte. Herr Hofauer schließt nicht aus, dass Versicherungen teurer würden. Ebenso wird angefragt, ob zwingend Handlungsbedarf bestehe. Herr Hofauer teilt mit, dass das Risikobewusstsein geschärft werden solle. Eine Einschätzung könne erst nach Bestandsanalyse erfolgen.

Ein Gemeinderat fragt nach, wie lange die Förderung nach RZWas gültig sei. Bis ca. 2024/2025 so die Aussage von Herrn Hofauer. Die Bürgermeisterin bedankt sich bei Herrn Hofauer für den Vortrag und verabschiedet ihn.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

5. Sachstand KiGa Planung, Gast Herr Kunz, gk-Projektmanagement

Herr Kunz stellt sich persönlich und das Unternehmen gk Projektmanagement vor. Dieses ist ein unabhängiges Büro und erbringt Beratungsleistungen rund um den Bereich des Bau- und Projektmanagements bei unterschiedlichsten Bauvorhaben verschiedenster Größenordnungen.

Der Umgang mit Vergaberecht oder Förderrecht bei öffentlichen Bauvorhaben ist tägliche Praxis des Unternehmens. Beratungen erfolgen ganzheitlich, effizient und unabhängig, um die Anforderungen an Kosten- und Terminalsicherheit bei hoher technischer, funktionaler und formaler Qualität zu gewährleisten.

Als Bauherr bedeutet die Einschaltung eines externen Projektmanagements eine wirksame Entlastung. Man profitiert von der Sicherheit bei Entscheidungen und von der Qualitätssteigerung beim Bauprojekt. Die gk Projektmanagement nimmt die Abwicklung des Bauvorhabens als „Bauamt auf Zeit“ in die Hand.

Herr Kunz erklärt, dass zunächst die Ermittlung des Sanierungsbedarfs in ganzheitlicher Betrachtung, wie z. B. Brandschutz, Technik (Heizung, Elektrik) erfolgen müsse. Bislang sind nach seiner Kenntnis lediglich die Kosten des Architekten erfasst. Räume müssten umgewidmet werden, das fordert erhebliche Eingriffe in die Technik. Fachplaner müssten zur Kostenermittlung gewonnen und hinzugeführt werden.

Aus dem Gremium wird angemerkt, dass Herr Oefelein Kosten bezüglich Technik bereits eingerechnet habe. Dies gilt es zu prüfen und festzuhalten.

Erst nach Analyse aller Daten sei es möglich eine verbindliche Aussage zu treffen, ob der Kauf des Gebäudes überhaupt wirtschaftlich sei und ob an der bisherigen Planung festgehalten werde, bzw., ob Alternativen gesucht werden sollten. Eine Generalsanierung werde gefördert, wenn sich die Kosten höchstens auf 80 % eines Neubaus belaufen. Er empfiehlt daher

das Grundstücksgeschäft auf keinen Fall vor Ermittlung dieser Daten abzuschließen. Herr Kunz teilt mit, dass in seinen Unterlagen ein pädagogisches Konzept fehle. Dies sei für die Planung nötig. Das Team des Kindergartens erklärt, dass das Konzept nahezu fertig erstellt sei.

Ein Gemeinderat erkundigt sich nach einer ungefähren zeitlichen Einschätzung bei der Planung und ob es nicht sinnvoll sei einen Wunschtermin zu definieren, von dem zeitlich zurückgerechnet werden könne um eine Übersicht beim Plan-Vorhaben zu erhalten. Herr Kunz erklärt, dass eine Aussage hierüber aktuell noch nicht möglich sei, da die Gesamtbewertung noch fehle. In welchem Zeitraum Planer in Punkto Technik gefunden werden könne, ist nicht einzuschätzen. Die Situation am Baumarkt ist derzeit geprägt von Lieferengpässen und deutlicher Preissteigerung. Verlässliche Prognosen sind derzeit nicht möglich. Ein Gemeinderat empfiehlt Planteam K - Planungsgesellschaft mbH in Aschaffenburg für die Planung im technischen Bereich zu kontaktieren. Herr Kunz bittet um die Übermittlung der Kontaktdaten.

Herr Kunz empfiehlt außerdem den Bericht der Kirche zur Bewertung von unabhängiger Seite prüfen zu lassen. Das Büro gk könne nach Vorauswahl der Fachplaner eine Empfehlung aussprechen, um Zeit zu sparen. Falls es zu Ausschreibungen im VGV-Verfahren käme (der Schwellenwert liegt derzeit bei 215.000 €/Einzelauftrag) sei der zeitliche Aufwand viel höher zu bewerten. Herr Kunz empfiehlt eine modulare Planung, so könnten bei einzelnen Positionen festgelegt werden was gewünscht und was nötig sei. Grundsätzlich sei bei der „Wunschliste“ Disziplin nötig, so könnten Kosten kontrolliert werden.

Herr Kunz fasst nach erneuter Rückfrage zusammen, dass erst nach Analyse des Ist-Standes und der weiteren Planung eine Prognose in zeitlicher Form und finanzieller Art erstellt werden kann. Der Sachstand soll möglichst in der September Sitzung des Gemeinderates dargestellt werden und das weitere Vorgehen beschlossen werden.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

6. Aktuelles aus der Interkommunalen Allianz SpessartKraft

6.1. Bericht aus der Sitzung vom 28.07.2022

Am 28.07.2022 fand die Sitzung der ILE Kommunale Allianz SpessartKraft statt. Der ausführliche Bericht hierzu erfolgt in nächster Sitzung.

Ausbildungsmesse

Nach aktuellem Stand der Rückmeldungen zur geplanten Ausbildungsmesse im Oktober 2022 gibt es lediglich eine geringe Anzahl von Anmeldungen. Ob die Veranstaltung stattfinden wird ist derzeit fraglich

Baumkataster

Die Ersterfassung der Bäume für das Baumkataster der Kommunen läuft. In den Gemeinden Rothenbuch und Mönchberg ist die Erfassung bereits erfolgt.

Windkraft

Derzeit wird aktiv nach Standorten für Windkraftanlagen gesucht. Die Gemeinde Leidersbach habe bereits eine Anfrage vorliegen. Die Bürgermeisterin betont es herrsche absoluter Handlungsbedarf bezüglich erneuerbarer Energie.

6.2. ILEK-Fortschreibung der ILE Kommunale Allianz „SpessartKraft“ e.V. Beratung & Beschlussfassung

Der Gemeinderat Dammbach stimmt dem vorgelegten Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK), welches von FUTOUR im Juni 2022 vorgelegt wurde, einstimmig mit 11:0 Stimmen zu. Das ILEK bildet die Grundlage für die weitere gemeindeübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung der Allianz SpessartKraft und weist den Handlungsrahmen für zukünftige Projekte auf. Welche Projekte und Ideen umgesetzt werden, wird in der Lenkungsgruppe abgestimmt.

7. Vollzug des Katastrophenschutzrechtes: Stromausfall durch fehlende Gaslieferung. Info (Tischvorlage)

Vom Landratsamt liegt ein Schreiben zum Vollzug des Katastrophenschutzrechtes vor. Stromausfälle durch fehlende Gasversorgung im Landkreis Aschaffenburg werden befürchtet. Die Bundesregierung empfiehlt bereits, dass sich Firmen Notstromaggregate anschaffen sollen. Von Seiten des Landkreises wird kurzfristig ein Abrollbehälter mit mehreren Notstromaggregaten (14 KVA), Kabeltrommeln und Beleuchtung beschafft. Die Kommunen, als Betreiber einer kritischen Infrastruktur, wie z.B.:

- Feuerwehrgerätehaus
- Versammlungsstätte zur Unterbringung von Personen
- Trinkwasserversorgung
- Abwasserversorgung

werden gebeten das Szenario durchzuspielen und Lösungsmöglichkeiten zu planen.

Es gilt zu beachten: Die Notstromerzeuger auf den Feuerwehrfahrzeugen werden für den klassischen Feuerwehreinsatz benötigt und stehen für die Einspeisung von Gebäuden/Anlagen nicht zur Verfügung.

Die Bürgermeisterin berichtet, dass der Ist-Stand der Gerätschaften zu erfassen priorisiert werden müsse. Nach derzeitigem Kenntnisstand sei die Versorgung der Dammbachtalhalle als Versammlungsstätte mittels Notstromaggregates gegeben. Die Einspeisemöglichkeit sei geprüft und müsse mit einem Elektriker besprochen werden. Ein Gerät (aus ehemaligem Bestand der Bundeswehr) nun im Eigentum Dammbachs sei geeignet zum Einsatz am Feuerwehrgerätehaus.

Es werde aktuell geprüft, ob alle drei Aggregate einsetzbar sind. Genügend Treibstoff müsse vorgehalten werden. Auch dies gilt es zu prüfen.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

8. Friedhofsmauer Wintersbach. Ergebnisse der Schürfen und weitere Vorgehensweise (Tischvorlage). Beratung und Beschlussfassung

Dem Gremium liegt als Tischvorlage ein Dokument zu den Befunden und den Ergebnissen der Schürfen an der Friedhofsmauer Wintersbach vor. Es konnte kein stehendes oder fließendes Wasser hinter der Mauer vorgefunden werden. Somit müssen auch keine Entlastungsbohrungen erstellt werden. Neue Rissmonitore wurden angebracht, diese müsse beobachtet und dokumentiert werden. Die Umbettung von Gräbern sei unter Umständen nötig. Die Abspernung bleibt weiterhin vorhanden.

Ein Gemeinderat bietet sich an mit dem Planungsbüro Hatwieger den Sachstand erneut zu besprechen und die Vorgehensweise zu erörtern.

9. Informationen der 1. Bürgermeisterin

9.1. Sitzung moderne Gemeindeentwicklung - Ideen-Workshop Gestaltung Maria-Stern-Platz

Die Bürgermeisterin berichtet, dass am 02.08.2022 die Sitzung des Ausschusses moderne Gemeindeentwicklung stattfinden wird. Ein Ideen-Workshop zur Gestaltung und Neuplanung der Gebäude am Maria-Stern-Platz ist hierbei geplant. Die Bevölkerung ist dazu eingeladen Wünsche, Ideen und Anregungen mit einzubringen. Diese werden gesammelt, bewertet und anschließend zu einem Konzept ausgearbeitet.

9.2. Wasser & Energie

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass es nötig sei bewusster mit Energie & Wasser umzugehen und bittet um ressourcenschonendes Verhalten. Strom und Wasser sparen ist dringend nötig.

9.3. Informationen zur VG-Versammlung am 27.07.2022

Die Bürgermeisterin informiert zur VG-Versammlung am 27.07.2022. Im Gremium wurde entschieden auf eine Kreditaufnahme zu verzichten. Laut Kämmerer Alexander Mayer sei auf Grund der aktuell explodierenden Preise im Sektor Finanzierung, Energie und Bau eine Umsetzung der Baumaßnahme derzeit nicht darstellbar. Eine Erhöhung der Kreisumlage ist

ebenso zu erwarten und belastet den Haushalt der Gemeinden. Fördermöglichkeiten sind aktuell nicht verfügbar.

Die Leistungsphasen 3 + 4 sollen weiter ausgeführt werden. Die Baupläne sollen abgeschlossen sein, dass sobald neue Fördertöpfe geöffnet werden, bzw. wenn die Zinslage es zulässt sofort gehandelt werden kann. Der Abschluss eines Bausparvertrages zur Erhöhung des Eigenkapitals, bzw. Rücklagenbildung wurde in der VG-Versammlung beschlossen.

Ein Gemeinderat fragt nach, ob es einen Plan „B“ gebe, um die Situation der Mitarbeiter im maroden Gebäude zu verbessern und ob das Schimmelgutachten bereits erstellt wurde. Die Bürgermeisterin erklärt, dass noch kein Ergebnis hinsichtlich des Gutachtens eingegangen sei. Der Verbandsvorsitzende werde mit dem Personalrat Gespräche führen. Parallel werden weitere Fördermöglichkeiten angefragt.

Ein weiterer Gemeinderat spricht sich für das Vorgehen der VG-Versammlung aus. Wichtig sei es zügig zu reagieren, wenn die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind. Es entsteht eine kontroverse Diskussion über die Vorgehensweise der VG-Versammlung.

Die Bürgermeisterin beendet die Diskussion und möchte künftig das Gremium informieren zu Themen der VG-Versammlung. Ein Gemeinderat bemängelt fehlenden Informationsfluss zu Inhalten der VG-Versammlungen.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

Ende der Sitzung 22:30 Uhr

Waltraud Amrhein
1. Bürgermeisterin

Judith Ringel
Schriftführerin